435 • Ausgabe B Nr. 202
gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 435

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 15. September 1920
49. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Einladung zur Brüsseler Konferenz.

Die Delegierten Deutschlands „nur beratende Stimme".

Paris, 15. September. (W. T. B.)

Havas berichtet aus London, das an der Brüsseler onferenz am 24. September alle Staaten einließlich der Vereinigten Staaten durch je drei legierte vertreten sein werden. Deutschland, sterreich und Bulgarien werden eingeladen, Delerte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme ben sollen.

*

Es ist nicht ganz verständlich, was die Bemerkung der französischen Telegraphenagentur, die deutschen, österreichischen und bulgarischen Delegierten würden in Brüssel „nur beratende" Stimme haben, bedeuten soll. Ist man in Paris nun der Ansicht, die anderen Delegierten würden in Brüssel nicht nur „beraten", sondern auch Beschlüsse fassen? Und wie stellt man sich das vor? In Brüssel wird es ja eine ungemein vielköpfige Vereinigung von Vertretern aus allen Ländern geben. Es ist nicht anzunehmen, daß in einer Frage eine Einstimmigkeit zu erzielen sein und daß eine Entscheidung getroffen werden wird. Die Brüsseler Konferenz wird vermutlich nur eine vorbereitende und „beratende" Tätigkeit ausüben. Die Beschlüsse sollen ja auch erst auf der Konferenz in Genf gefaßt werden — die man in Paris zu verhindern versucht, wofür man sich jetzt den gefälligen Beistand des Herrn Giolitti gewonnen hat. Wenn die Agence Havas erklärt, den deutschen Delegierten werde in Brüssel „nur beratende Stimme" zugestanden werden, so entspricht das also wohl wiederum nur dem Wunsche, der Welt zu zeigen, daß Deutschland anders als die anderen Mächte behandelt werde und eben eine besiegte, unterworfene Macht und eine Macht zweiten Ranges sei. Es ist die übliche Siegergeste, die in so vollkommenem Widerspruch zu allen salbungsvollen Versicherungen von Versöhnlichkeit und Mäßigung steht.

Bevorstehender Rücktritt Deschanels.

Verschlimmerung im Befinden des Präsidenten.

Paris, 15. September. (W. T. B.)

Wie der „Matin" in Sperrdruck mitteilt, hat sich der Gesundtszustand des Präsidenten der Republik, Deschanel, am zten Freitag ernstlich verschlimmert. In Abgeordnetenkreisen spricht man von der Möglichkeit seines unmittelr bevorstehenden Rücktritts. Der Minister des Innern t sich sofort nach Aix-les-Bains begeben, um den Ministerpräsinten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort ch seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Anlegenheit beschäftigen.

Wie das „Journal" dazu mitteilt, rechnet man damit, daß im ufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des arlaments zu einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der r Rücktritt Deschanels bekanntgegeben und das etzt über die Einberufung der Nationalversammlung verfaßt werden soll, da verfassungsmäßig innerhalb 48 Stunden nach m Rücktritt des Präsidenten die Nationalversammlung zusammeten muß.

*

Die Präsidentschaft Deschanels scheint diesmal wirklich n ihrem Ende angelangt zu sein. Ein gewiß sehr tragisches schicksal für einen Mann, der sozusagen für diesen Posten zogen worden ist und immer auf seine Erlangung hinarbeitet hat. Paul Deschanels Familie gehört zu dem epublikanischen Familienkreise, in dem der Anspruch auf hohe Würden ebenso traditionell ist wie eine dementsprechende ltivierte Eleganz der Sprache und der Lebensführung. Sein Vater war bekanntlich das Institutsmitglied Emile Deschanel, nd man pflegte zu erzählen, daß von dem musterhaften und übschen Paul schon in seiner Kinderheit gesagt worden sei, er erde einmal Präsident der Republik werden. An dieses Ziel at er immer gedacht, und um es zu erreichen, hat r stets nur dekorative Aemter angenommen, wie vor llem das Amt des Kammerpräsidenten, und jeden ntrag, Minister oder Ministerpräsident zu werden, beharrlich abgelehnt. Als Kammerpräsident pflegt man ur Freundschaften zu erwerben — als Minister kommt man leicht in die Lage, sie zu verlieren. Als Kammerpräsident genügt es auch, schön und schwungvoll reden zu können — und das konnte Deschanel — und als Minister ist man immerhin genötigt, zu arbeiten und Entscheidungen zu treffen, und dazu war Deschanel weniger veranlagt. Er war ein Mann der Repräsentation, und seine aus reicher Politikerfamilie stammende Gattin hatte den gleichen Ehrgeiz wie er und wäre wie r geeignet gewesen, im Elysée glänzend zu empfangen, bei Truppenparaden und allen möglichen Festlichkeiten mit liebenswürdiger Anmut Grüße und Händedrücke auszuteilen. Alle Träume schienen erfüllt, als Deschanel am 18. Januar in Versailles mit gewaltiger Majorität zum Nachfolger Poincarés gewählt worden war. Dann kam, vier Monate darauf, die verblüffende Nachricht, daß Paul Deschanel, der neue Präsident, auf einer Fahrt nach Montbrison bei Nacht aus dem Zuge gefallen sei. Er hatte sich nicht schwer verletzt, aber die Ursache dieses Unfalls erschien ziemlich unklar und niemand wollte glauben, daß ein Präsident aus dem Eisenbahnwagen fallen könne, ohne daß sein Nervenzustand eine Veranlassung dazu gegeben hätte. Es kam hinzu, daß dieses Abenteuer zu denjenigen Erlebnissen gehörte, die spottlustigen Gemütern Stoff zu respektlosen Bemerkungen, Coupletversen und Witzblattanspielungen geben können, und daß die Erzählung, wie der Präsident im Pyjama nachts in einem Bahnwärterhause eingetroffen, dort für einen Schwindler oder Narren gehalten und schließlich von der gutmütigen Bahnwärterfrau ins Ehebett gesteckt worden war, keine erhebenden Eindrücke hinterlassen hatte. Indessen, die Familie und die Freunde hofften, der Präsident, dessen Zustand als „geistige Uebermüdung" bezeichnet wurde, würde sich in ländlicher Stille und guter Luft wieder genügend kräftigen können, und man zog aufs Land. Kurz vor dem 14. Juli, dem Nationalfest, kehrte man für eine Weile zurück, von der Hoffnung und dem zweifellos sehr lebhaften Wunsche getrieben, Deschanel werde mit seiner Gattin, wie es üblich ist, umgeben von Kavallerie zur Truppenrevue fahren und an diesem Glanztage aller Präsidenten die Ovationen des Publikums entgegennehmen können, aber unmittelbar vor dem Feste stellte sich heraus, daß der Patient dieser von allen ersehnten Strapaze leider nicht gewachsen, oder daß es unratsam sei, ihn und die festliche Harmonie des Tages irgendwelchen Zwischenfällen auszusetzen. Endlich, am 1. September, schien Paul Deschanel wieder soweit hergestellt zu sein, daß er eine feierliche Staatshandlung vornehmen konnte. Er empfing den österreichischen Gesandten, der ihm sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Aber zwei Wochen darauf, am 14. September, las man in der Pariser Zeitung „L'Oeuvre":

„Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ein plötzlicher Alarm die Ruhe des Schlosses Rambouillet gestört hat, wo der Präsident der Republik residiert. Da der Gesundheitszustand Deschanels sich plötzlich verschlimmert hatte, rief man in Eile die Aerzte herbei, die ihn gewöhnlich behandeln. Sie trafen um 1 Uhr morgens ein und verließen das Schloß erst zwei Stunden später. Es war glücklicherweise nur ein Alarm, aber der Vorfall ist immerhin geeignet, die Regierungskreise ernsthaft zu beschäftigen."

Dieser Ankündigung folgen jetzt die Nachrichten, die den bevorstehenden Rücktritt anzeigen. Das Herumraten darüber, wer nun Präsident werden wird, und die geschäftigen Intrigen und Werbeversuche dürften also wieder beginnen. Poincaré hat neulich erklärt, er wolle nicht wieder kandidieren, der Marschall Foch ist angeblich der Kandidat besonders nationalistisch und reaktionär gesinnter Gruppen, und die größten Aussichten hat einstweilen Millerand.

Die italienisch-französischen Abmachungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 15. September.

Die Presse fährt fort, die Ergebnisse der Konferenz von Aix-les-Bains skeptisch zu besprechen. Die „Idea Nazionale" hofft, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit den Jugoslawen die Angelegenheiten ganz Dalmatiens, Spalatos, Cattaros, die Unabhängigkeit Montenegros, dann die Rechte des von den Serben überfallenen Albaniens und die Konstituierung Jugoslawiens selbst aufrollen werde. Die „Tribuna" meint, die von Frankreich zugesagte Neutralität in der Adriafrage sei zwar nicht alles, aber doch viel. Die Italiener dürften also von Aix-les-Bains gute Früchte und Unterstützung durch die Schwesternation erwarten. Dasselbe erhofft namentlich für die Lösung der Adriafrage auch die „Epoca". Nur der „Resto del Carlino" zerpflückt die Konferenz erbarmungslos und behauptet, **Italien sei plötzlich in französisches Fahrwasser geraten, indem es der vom italienischen Volke und der italienischen Kammer einmütig verurteilten französischen Politik gegen Deutschland zustimme. Aber werde Italien sein Versprechen einlösen können, wenn eines Tages Frankreich seinen Beistand zur gewalttätigen, vexatorischen Durchführung des Versailler Vertrages verlangen sollte?** Der „Carlino" vergißt dabei allerdings, daß Giolitti Vertretern der Presse in Aix-les-Bains erklärte, er habe Millerand zur Mäßigung gegenüber Deutschland geraten.

Die Streikverhandlungen in Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 15. September.

Obschon die Vereinigung der italienischen Großindustriellen an ihrer ablehnenden Stellung in der Arbeiterbewegung festhält, erscheint ein gewisser modus vivendi wahrscheinlich. Die sozialistische Partei fährt fort, die sofortige Kammerberufung zu verlangen, doch will die Regierung die Kammer nicht vor November eröffnen lassen, um in der Zwischenzeit die notwendigen Sozialreformen vorzubereiten. „Mittlerweile", so sagt „Popolo Romano", „bleiben die Fabriken besetzt, die Arbeit stockt, und der Nationalwohlstand geht traurigen Zeiten entgegen." Der „Tempo" erzählt einen bezeichnenden Zwischenfall: Ein Turiner Großfabrikant schlug Giolitti vor, zur Räumung der besetzten Fabriken Artilleriefeuer anzuwenden, worauf Giolitti nur erwiderte: „Was würden Sie sagen, wenn wir mit Ihrer Fabrik anfingen?"

Dem „Giornale d'Italia" zufolge fahren die Arbeiter in Turin, Biella und anderswo fort, von Fabriken verschiedener Art Besitz zu ergreifen. Das Blatt veröffentlicht ein Geheimzirkular an die Arbeitskammern, in dem aufgefordert wird, die Besetzung der Fabriken bis zum völligen Siege fortzusetzen. Die „Tribuna" bezeichnet dagegen eine friedliche Lösung der Angelegenheit als wahrscheinlich.

Der Nationalverband der Gewerkschaften setzte seine Verhandlungen mit den Ministern für öffentliche Arbeiten und für Inneres sowie mit mehreren Banken zum Zwecke der Erwerbung einiger großer Betriebe durch ein nationales Konsortium der metallurgischen Gewerkschaft fort. Die Erwerbung der Werften von Castellamare, die 2000 Arbeiter beschäftigen, scheint nahe bevorzustehen.

Das sozialistische Diktat in Berlin.

Die Zusammensetzung des Berliner Magistrats.

P. M. In der Wahlkommission der neuen Stadtverordnetenversammlung wird sehr fleißig gearbeitet. Jede einzelne unter den 30 Magistratsstellen wird eingehend erörtert und die zahlreich eingehenden Bewerbungen werden der Reihe nach vorgelesen und geprüft. Die Fraktionen nehmen dazu in mehr oder weniger sachlichen Erklärungen Stellung und entscheiden sich für den einen oder anderen Kandidaten. Wenn es dann aber zur Abstimmung kommt, dann gehen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, unbekümmert um alle Einwände von „bürgerlicher" Seite, zusammen und setzen dank ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit ihren Willen durch. Die parlamentarischen Formen sind äußerlich gewahrt; aber das Endergebnis ist das proletarische Diktat. So ging es bei der Nominierung des Tr. Löwenstein zum künftigen Oberschulrat der Einheitsgemeinde, so bei der Ersetzung des bisherigen Stadtbaurats Krause durch den Neuköllner Baurat Hahn, und so dürfte es auch bei der Besetzung der technischen Stellen für Verkehr und Maschinenbau gehen.

Bei den übrigen 20 Stadträten wird diese Tendenz voraussichtlich noch deutlicher zutage treten. Man weiß ja ungefähr, welche Kandidaten von sozialdemokratischer Seite in Aussicht genommen sind, und man kann unmöglich daran zweifeln, daß im wesentlichen die Bildung eines homogen sozialistischen Magistrats erstrebt wird. Bei einer ganzen Reihe der künftigen Stadträte handelt es sich offenbar nur darum, mehr oder weniger verdienten unabhängigen Genossen eine sichere Position zu schaffen. Nun sieht es allerdings so aus, als ob von der Aufsichtsbehörde, die in diesem Falle durch den Oberpräsidenten von Brandenburg repräsentiert wird, gegen die Wahl völlig unerfahrener Personen zu Stadträten Bedenken erhoben werden sollen. Die noch immer bestehende Städteordnung schiebt der übertriebenen Willkür einen Riegel vor. Eine gewisse Vorbildung der Kandidaten ist Voraussetzung für die Gültigkeit einer Wahl. Man darf bezweifeln, ob auch bei weitherziger Auslegung der Städteordnung diese Voraussetzung beispielsweise bei Personen wie Herrn Emuts oder Herrn Eichhorn als erfüllt angesehen werden kann. Diese nicht gut zu beseitigende Schranke legt vielleicht der sozialistischen Koalition einige Zurückhaltung auf. Aber im allgemeinen wird man darauf hinweisen können, daß die Blockkandidaten bereits einige Erfahrung auf kommunalem Gebiet gesammelt hätten. So ist nicht anzunehmen, daß die gesetzlichen Hemmungen die von der sozialistischen Mehrheit gewollte Zusammensetzung des Berliner Magistrats erheblich behindern könnten.

Man muß noch einen Schritt weiter gehen. Der neue Magistrat wird nicht nur selbst eine sozialistische Einheit bilden, sondern er wird auch maßgebenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Bezirksämter ausüben. Nach dem Gesetz vom 27. April liegt die Besetzung der Bezirksämter in den Händen der Bezirksversammlungen. Da nun zum mindesten in sechs Bezirksämtern eine bürgerliche Mehrheit besteht, so könnte man annehmen, daß in den Bezirksämtern ein gewisses Gegengewicht gegen den Berliner Magistrat geschaffen werden könnte. Dem steht aber der Paragraph 23 des Gesetzes entgegen, in dem ausdrücklich bestimmt wird, daß bei der erstmaligen Besetzung des Bezirksamts der Magistrat den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu ernennen habe. Der Zweck dieser Bestimmung ist klar. Man wollte die erfahrenen, in den einzelnen Bezirken bisher tätigen Kommunalpolitiker auch für das neue Gemeinwesen nutzbar machen. Aus dieser Erwägung heraus scheint auch die Aufsichtsbehörde die Wahl der beiden leitenden Posten in den Bezirksämtern den Bezirksversammlungen entziehen zu wollen. Aber die Frage bleibt offen, ob der Berliner Magistrat in seiner voraussichtlichen Zusammensetzung überhaupt geneigt wäre, die bisherigen leitenden Kommunalbeamten für die Bezirksämter heranzuziehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß er die gesetzliche Möglichkeit ausnützen wird, auch den Bezirken mit bürgerlicher Mehrheit eine sozialistische Leitung aufzudrängen. Es wäre ja denkbar, daß es auch noch anders kommt; man sollte eigentlich der Mehrheitssozialdemokratie zutrauen, daß sie sich nicht allzuweit auf die schiefe Ebene drängen lassen werde. Aber diese Hoffnung ist gering.

Für die Demokratische Fraktion ergeben sich aus dieser Lage schwerwiegende Entscheidungen. Sie kann unmöglich einer Stadtverwaltung zustimmen, die sich zu dem demokratischen Prinzip in schroffen Gegensatz stellt. Sie kann aber ebenso wenig mit den Vertretern der Reaktion zusammengehen, die aus der Gegnerschaft für Groß-Berlin heraus das Gesetz vom 27. April überhaupt ad absurdum führen möchten. Die Demokratie hat der Bildung Groß-Berlins als einer wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit zugestimmt, und sie hält an dieser Grundstellung fest. Aber sie muß ebenso entschlossen sein, alles abzuwehren, was die Verwirklichung der demokratischen Groß-Berliner Gemeinde verhindern oder doch erschweren muß. Für sie liegen die unübersteigbaren Schranken im demokratischen Prinzip, das eine Klassenherrschaft ausschließt.

Was die sozialdemokratische Koalition erstrebt, ist leider etwas ganz anderes. Sie arbeitet mehr oder weniger bewußt auf eine sozialistische Diktatur in Groß-Berlin hin. Auf diesem Wege gibt es für die Demokratie keine Verständigung. So sehr sie sich davor zu hüten hat, die antiberlinische Obstruktion der reaktionären Parteien mitzumachen, so entschieden muß sie sich dagegen wehren, daß die Berliner Bevölkerung unter eine proletarische Diktatur gestellt wird. Hier gilt es, unbeirrt durch Zugeständnisse von der einen oder anderen Seite, den Gedanken der Demokratie unbeirrt zu vertreten, auch wenn diese prinzipielle Haltung durch eine vorübergehende Einflußlosigkeit auf die Entwicklung Groß-Berlins erkauft werden müßte.